

Scholz, wo ist der Respekt? Lindner, wo ist das Geld?

Ein gutes Leben im Alter - für Alle!



Seniorinnen und Senioren sind Menschen mit großer Lebenserfahrung, mit Wissen und sozialer Kompetenz. Sie bilden die größte Bevölkerungsgruppe und sind aktiv in Kommunen, als Experten und Nachbarn, Großeltern und pflegende Zugehörige, im Ehrenamt in Vereinen und Initiativen. Darauf kann und darf die Gesellschaft nicht verzichten, das muss anerkannt und gefördert werden. Denn einerseits wächst die Zahl älterer Menschen und andererseits braucht soziales Zusammenleben deren Kompetenz immer mehr.

Für DIE LINKE ist Älterwerden nicht nur eine Frage von Kosten, Pflege oder Rente. Für uns ist das fortgeschrittene Lebensalter ein natürlicher und aktiver Lebensabschnitt, mit eigenen Ansprüchen und Bedürfnissen, den wir aktiv mitgestalten wollen.

Immer mehr ältere Menschen verarmen, auch wenn sie lebenslang gearbeitet haben. Schon mehr als 684.000 Menschen beziehen Grundsicherung im Alter, darunter sind sechs von zehn Frauen. Viele Senior*innen können sich gesunde Lebensmittel und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht mehr leisten. Inflation und Rüstungskosten treiben die Preise hoch. Die Mieten fressen immer mehr Einkommensanteile. Auch der geplante Heizungsumbau wird das noch verschärfen. Die Pflegekosten explodieren und machen gute Pflege unbezahlbar. Zugleich nimmt die Altersdiskriminierung zu und noch mehr Senior*innen vereinsamen.

Ältere Menschen haben zunehmend Angst. Ein Teil hat Krieg noch selbst erlebt, kennt Hunger und Armut. Doch Keine und Keiner möchte diese Zeit zurück!

Wir fordern von der Politik:

Mehr Infos auf
www.linke60plus.de

Wir gehen am
05.10.23 auf
die Straße!
Termine & Infos
auf unserer
Website!

- **Ein gutes Leben für alle – ob jung oder alt!** Die Politik muss umsteuern! Statt explodierender Rüstungsausgaben fordern wir ein „Friedensbudget“ von mindestens 100 Milliarden Euro für ein würdevolles Leben in Stadt und Land, für bezahlbare Mieten, für gute Bildung, ein attraktives Gesundheitswesen und bezahlbare Pflege. Eine gerechte Besteuerung der Superreichen u.a. durch Vermögens- und Übergewinnsteuern ist der Weg!
- **Einen Schutzschirm gegen Altersarmut!** Als Sofortmaßnahme wollen wir einen Inflationsausgleich für alle Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter und alle älteren Menschen mit einem Haushaltseinkommen unter der Armutsgrenze. Ein automatischer Inflationsausgleich für Rentner*innen muss gesetzlich geregelt werden. Eine gesetzliche Mindestrente von 1.200 Euro netto fordern wir noch in dieser Wahlperiode!
- **Für Mobilität und soziale Teilhabe ein bundesweites Senior*innenticket von monatlich 29 Euro.** Gegen zunehmende Vereinsamung gehören öffentlich finanzierte Seniorentreffs und altersgerechte Beratungs- und Bildungsangebote in jede Kommune! Soziale und gesundheitliche Leistungen müssen in jedem Dorf zum Menschen kommen!
- **Altersgerechte und barrierefreie Wohnangebote müssen verpflichtend ausgebaut werden.** Statt Wohnungskündigungen müssen kommunale Tauschbörsen her, die die bestehende Miethöhe bewahren. Luxussanierungen von Sozialwohnungen sollen verboten werden. Ein Räumungsverbot für ältere Menschen ist gesetzlich abzusichern. Gegen die Mietpreisspirale müssen mehr Wohnungen in öffentliche Hand!
- **Gute und bezahlbare Pflege darf nicht vom Geldbeutel abhängen!** Der Eigenanteil an den Pflegekosten muss sofort gedeckelt und die Investitionskostenanteile für die Pflegebedürftigen gestrichen werden. Nur eine Pflegevollversicherung kann die Familien dauerhaft entlasten. Dafür muss endlich mit einer echten Bürgerversicherung begonnen werden: mehr Einnahmen durch eine höhere Beitragsbemessungsgrenze und Pflichtbeiträge auf Kapitalerträge. Pflegenden Angehörige sollen besser finanziell abgesichert werden, z.B. durch einen Lohnausgleich oder höhere Rentenansprüche.
- **Ein echtes Diskriminierungsverbot gehört ins Grundgesetz!** Deshalb soll das Verbot jeder Benachteiligung aus Altersgründen in den Artikel 3 des Grundgesetzes aufgenommen werden. Ein bundesweites Gesetz „Gutes-Leben-im-Alter“ nach dem Beispiel Berlins soll über den Bundesrat gestartet werden.